

Beschluss

auf der ordentlichen Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.

Gegenstand: Mit Grünen Werten in die digitale Zukunft

1 Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für eine Politik der
2 Nachhaltigkeit als Summe aus ökologischem Gleichgewicht,
3 wirtschaftlichem Wohlstand und einer aktiven Bürgergesellschaft,
4 wie sie für Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Zentrum steht. Die Chancen
5 der Digitalisierung zu nutzen bedeutet, den mit der
6 Digitalisierung verbundenen Umbruch aktiv politisch zu gestalten
7 und Gefahren für Datenschutz oder digitale Bürgerrechte
8 abzuwehren sowie Veränderungen des Arbeitsmarktes mitzudenken.

9 **Die Infrastruktur entscheidet – Breitbandausbau ist**
10 **Daseinsvorsorge**

11 In Zeiten des digitalen Wandels spielt eine leistungs- und
12 zukunftsfähige Breitbandverbindung eine entscheidende Rolle für
13 Bürger*innen, die Unternehmen und die Verwaltung. Die
14 Verfügbarkeit von schnellem Internet entscheidet maßgeblich
15 darüber, ob Regionen zu den Gewinnern oder Verlierern der
16 Digitalisierung gehören. Damit leistet der flächendeckende Zugang
17 zu schnellem Internet einen wichtigen Beitrag zu gleichwertigen
18 Lebensbedingungen in Stadt und Land.

19 In Bayern gibt es im EU-Vergleich großen Nachholbedarf. Jenseits
20 der Metropolregionen haben immer noch zu wenige Haushalte die
21 Möglichkeit, mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu surfen.
22 Noch schlechter sieht es aus, wenn es um die Grundlagen von
23 Hochgeschwindigkeitsnetzen geht, die auch den Anforderungen von
24 übermorgen noch gewachsen sind. Ob das derzeitige Förderprogramm
25 ausreicht, um bis 2018 schnelles Internet nach ganz Bayern zu
26 bringen und auch die Voraussetzung für höhere Bandbreiten als 50
27 Megabit pro Sekunde zu schaffen, wird von uns GRÜNEN genauestens
28 verfolgt und wir werden auf eine zukunftsfeste, skalierbare
29 Lösung sowie eine Fortführung der Förderung über 2018 hinaus
30 drängen. Ausbauziel muss sein, dass jeder Haushalt die
31 Möglichkeit hat, einen Glasfaseranschluss zu nutzen. Dieser
32 Herausforderung muss sich die Politik stellen und den
33 Breitbandausbau konsequent vorantreiben.

34 Vectoring, also die Ertüchtigung von Kupferverbindungen, kann nur
35 ein kurzfristiger Zwischenschritt sein. Durch den Aufbau einer
36 leistungsfähigen, glasfaserbasierten Breitband-Infrastruktur

37 helfen wir nicht nur Unternehmen, sich im städtischen wie im
38 ländlichen Raum zukunftsfähig aufzustellen. Der Breitbandausbau
39 ermöglicht es auch den Menschen im Land, flexiblere
40 Arbeitsmodelle umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und
41 Beruf wird gestärkt, und gerade kleinere Städte und Gemeinden im
42 ganzen Land bleiben für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv.
43 Dezentrale, exzellente Gesundheitsversorgung, internetbasiertes
44 Lernen, aber auch die Nutzung elektronischer Medien kann nur mit
45 Hilfe von Breitbandinfrastruktur flächendeckend zur Verfügung
46 stehen.

47 Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb, den Zugang zum Internet
48 als Teil der Daseinsvorsorge anzuerkennen. Dies ist eine wichtige
49 Voraussetzung, um die Breitbandförderung der öffentlichen Hand
50 nachhaltig ausbauen zu können.

51 Trotz groß angekündigter Strategie "Bayern-Digital" der CSU und
52 „Digitaler Agenda“ des Bundes und trotz einer großen Zahl an
53 zuständigen Ministerinnen und Ministern ist diese wichtige
54 Herausforderung weder bei der CSU noch bei der schwarz-roten
55 Bundesregierung angekommen. Die ambitionierten Ziele der
56 Digitalen Agenda des Bundes entsprechen einem geschätzten
57 Investitionsbedarfs von bundesweit 20 Milliarden Euro, der kaum
58 finanziell hinterlegt ist. Damit bleibt das Ausbauziel der
59 Bundesregierung ein Luftschloss.

60 Neben dem Aufbau der Infrastruktur möchten wir aber auch die
61 Bereitstellung freier Netze durch bürgerschaftliche Initiativen
62 fördern: Wer seinen Internetanschluss anderen zur Verfügung
63 stellt, darf keinem unübersehbaren Haftungsrisiko ausgesetzt
64 werden. Internet stellt per se keine Gefahr dar, daher soll hier
65 auch keine Störerhaftung gelten. Nur so können Internetanschlüsse
66 rechtssicher offen geteilt werden. Davon würde das Internet-
67 Angebot in Deutschland immens profitieren.

68 **Wirtschaft 4.0 – den industriellen Kern updaten**

69 Digitalisierung kann über eine wesentlich effizientere Nutzung
70 von Ressourcen unmittelbar zu einer Ökologisierung der Wirtschaft
71 beitragen. Sie revolutioniert Kommunikationsprozesse,
72 Produktionsabläufe und Geschäftsmodelle und bildet die Grundlage
73 für neue Dienstleistungen von der Maschinenbaufirma zur
74 Kreativwirtschaft bis zur Logistik. GRÜNE Politik setzt darauf,
75 Industrie, Handwerk und Mittelstand bei den Herausforderungen auf
76 dem Weg zur Wirtschaft 4.0 zu unterstützen.

77 Für uns ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft mit
78 fairen Wettbewerbsbedingungen und guter Arbeit auch im Zeitalter
79 der Digitalisierung Anspruch und Verpflichtung. Zum
80 Wirtschaftsstandort Deutschland gehören hohe Anforderungen an
81 Arbeitsschutz, Gesundheitsvorsorge und betriebliche
82 Mitbestimmung. Digitalisierung darf nicht zum Vorwand werden,
83 diese Standards zu verwässern. Vielmehr ist es notwendig, die

84 erkämpften Standards zu aktualisieren und an neue Arbeits- und
85 Organisationsformen anzupassen.

86 Arbeit in der digitalen Gesellschaft wird mobiler, flexibler und
87 individueller. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmer*innen sind
88 sehr unterschiedlich. Durch neue Formen globaler Arbeitsteilung
89 und die Verfügbarkeit rund um die Uhr besteht die Gefahr einer
90 (Selbst-)Ausbeutung. Andererseits kann moderne Technik auch die
91 Voraussetzungen zu guter und selbstbestimmter Arbeit schaffen,
92 indem uns zum Beispiel intelligente Maschinen monotone und
93 körperlich verschleißende Arbeiten abnehmen. Diesen Spagat gilt
94 es zu gestalten. Die Potentiale, die sich für eine neue
95 Zeitpolitik daraus ergeben, wollen wir nutzen und Freiräume für
96 mehr Zeit für Familie oder Freizeit schaffen.

97 Wo Arbeitsplätze in bestimmten Berufsfeldern verschwinden, setzen
98 wir auf gute Aus- und Weiterbildungsangebote, um die Betroffenen
99 im Strukturwandel zu unterstützen. Und auch unsere
100 Bildungspolitik müssen wir so vorausschauend gestalten, dass
101 unsere Kinder in den Schulen heute das lernen, was sie für die
102 digitale und Arbeitswelt von morgen brauchen. Der digitale Wandel
103 darf unsere Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer spalten,
104 vielmehr wollen wir ihn zum Nutzen der gesamten Gesellschaft
105 gestalten.

106 Neuen Formen des Waren- und Dienstleistungsaustauschs, wie z.B.
107 die Sharing Economy, bieten große Chancen für wirtschaftliche und
108 soziale Innovationen, müssen aber mit den Regeln traditionellen
109 Wirtschaftens überein gebracht werden. Die Umgehung von Sozial-
110 und Arbeitsstandards wie dem Mindestlohn unter dem Mäntelchen der
111 Sharing Economy hat mit erfolgreicher Digitalisierung nichts zu
112 tun und muss bekämpft werden.

113 **Globale Herausforderungen meistern: Standortvorteil nachhaltige**
114 **Wertschöpfung**

115 Zu einem Standortvorteil im globalen Wettbewerb wird die
116 Digitalisierung nur, wenn der digitale Wandel auch ein
117 ökologischer wird. Er muss zu mehr Klimaschutz und mehr
118 Ressourcenschonung führen. Die Digitalisierung bietet neue, nie
119 dagewesene Möglichkeiten der Entkopplung von Wohlstand und
120 Ressourcenverbrauch.

121 Insbesondere aus der Digitalisierung der klassischen Industrie
122 erwächst die Chance, ökonomischen wie ökologischen Fortschritt zu
123 verknüpfen. Bessere, weil vernetzte Sensorik zum Beispiel führt
124 zu passgenauer Steuerung im Produktionsprozess, erhöht damit die
125 Ressourceneffizienz und senkt den Energieverbrauch. Zugleich
126 bietet die Digitalisierung hervorragende Möglichkeiten, den
127 Prozess der Energiewende zu beschleunigen. Dezentrale
128 Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung können über ein
129 „Energie-Internet“ intelligent gesteuert und aufeinander
130 abgestimmt werden. Das stärkt die erneuerbaren Energien,

131 vermeidet Energieverschwendung und senkt den Energieverbrauch.
132 Vernetzte Verkehrsleitsysteme verbessern die Mobilität und
133 reduzieren gleichzeitig den Bedarf an individueller Mobilität, an
134 Fahrzeugen, Straßen und zurückzulegenden Kilometern auch im
135 Gütertransport und Logistikbereich. Digitalisierung wird nur dann
136 einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn der
137 erforderliche Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen
138 gedeckt wird. Dies gilt insbesondere für den Energiebedarf von
139 Computern und Geräten.

140 Informationstechnologie muss als Green IT selbst nachhaltig
141 hergestellt und betrieben werden. Und tatsächlich nachhaltig wird
142 auch die Wirtschaft 4.0 erst dann, wenn die dabei eingesetzten
143 nicht-nachwachsenden Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft
144 integriert werden. Erfolge bei der Steigerung der Material-
145 effizienz allein werden nicht genügen, zu einem nachhaltigen
146 Umgang mit Ressourcen zu kommen. Wir GRÜNEN wollen den digitalen
147 Wandel deshalb auf die Basis einer konsequent betriebenen
148 Energie- und Ressourcenwende stellen und durch eine ambitionierte
149 Green-IT-Strategie begleiten, die neben dem Energieverbrauch alle
150 Stoffe entlang der Wertschöpfungskette und auch die vorgelagerten
151 Produktionsprozesse und das nachgelagerte Recycling in den Blick
152 nimmt.

153 Für diese Ziele sind gezielte Investitionen in Forschung und
154 Entwicklung notwendig, sowohl im Bereich Grundlagenforschung als
155 auch angewandter Forschung zu Schlüsselthemen wie z.B. der IT-
156 Sicherheit, die Grundvoraussetzung für Erfolg wie auch Akzeptanz
157 der fortschreitenden Digitalisierung unserer Wirtschaft sein
158 werden. Staatlich finanzierte Hochschulen und Forschungs-
159 einrichtungen sollen gleichzeitig dazu angehalten werden, dass
160 auch hier die Technikfolgenabschätzung immer mitbedacht wird,
161 offene Standards und Lizenzen benutzt werden um Wissen allgemein
162 verfügbar zu machen und die gesamtgesellschaftlichen und sozialen
163 Auswirkungen des Digitalen Wandels von Anfang an Bestandteil der
164 wissenschaftlichen Betrachtung sind.

165 **Bildung 4.0 – Für Digitalisierungskompetenz von der Schule bis** 166 **zur Weiterbildung**

167 Der Umgang mit digitalen Medien gehört heute selbstverständlich
168 zur Lebenswirklichkeit unserer Kinder. Es ist die Aufgabe von
169 Schule und Erziehung, Kinder und Jugendliche zu einem kompetenten
170 und verantwortungsvollen Umgang mit den digitalen Medien zu
171 befähigen. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten von digitalen
172 Medien im Lehr- und Lernprozess genutzt werden. Die schnelle und
173 nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit von Fakten und Informationen
174 verändert den Alltag und wird langfristig zu neuen Schwerpunkten
175 bei der Erstellung von Lehrplänen führen und ganz neue
176 Möglichkeiten der Individualisierung und Differenzierung im
177 Unterricht eröffnen. Schule kann und darf sich dieser Entwicklung

178 nicht verschließen. Vielmehr müssen moderne didaktische Ansätze
179 entwickelt werden.

180 Das erfordert eine entsprechende technische Infrastruktur. In
181 Bayern ist der Nachholbedarf enorm. Nicht einmal die Hälfte der
182 bayerischen Schulen hat einen Breitbandanschluss mit 6 MBit/s
183 oder mehr. 1,3 Millionen Schüler*innen teilen sich etwa 300.000
184 Computerarbeitsplätze. Diese Zahlen zeigen, wie weit entfernt wir
185 davon sind, Schüler*innen in Bayern einen modernen Unterricht
186 anzubieten, der optimal auf die Lebens- und Arbeitswelt
187 vorbereitet. Wir fordern deshalb ein Sonderprogramm "Schule
188 digital", das mit insgesamt 11 Mio. Euro ausgestattet wird. Das
189 Geld muss für eine flächendeckende Breitbandversorgung der
190 Schulen bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss die technische
191 Ausstattung der Schulen aus- und aufgebaut werden. Und nicht
192 zuletzt braucht es Lehrkräfte, die durch kontinuierliche
193 Fortbildung auf hohem Niveau mit der technischen Entwicklung
194 Schritt halten und den daraus resultierenden pädagogischen
195 Ansprüchen gerecht werden können.

196 **Die Digitalisierung mit einer Stärkung der Rechte der**
197 **Bürger*innen und der Verbraucher*innen verbinden**

198 Wir kaufen im Netz ein, kommunizieren dort und lassen uns dort
199 unterhalten. Ziel der grünen Politik sind mündige
200 Verbraucher*innen, die in ihren Rechten im Netz gestärkt werden.
201 Aufklärungsarbeit, Beratung, Hilfestellung im Umgang mit
202 digitalen Medien und die Stärkung der Verbraucherzentralen sind
203 hier wichtige Schritte zur Gleichberechtigung von Angebots- und
204 Nachfrageseite. Private Datenkraken durchforsten heute ebenso wie
205 staatliche Stellen unser Leben. Die Bevölkerung ist verunsichert:
206 „Was ist sicher? Wer weiß was über mich? Kann ich mich frei
207 äußern?“ Nur durch die Stärkung und Durchsetzung
208 rechtsstaatlicher Grundsätze kann die Selbstbestimmung garantiert
209 werden; das ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen
210 Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung. Zur Digitalisierung
211 gehört es, Datenschutz zeitgemäß weiterzuentwickeln.

212 Durch kluge Regulierung können hier auch Marktchancen entstehen:
213 Deutsche Unternehmen sind bei der Herstellung von Sicherheit im
214 Cloud-Computing führend. Wir GRÜNE wollen die Digitalisierung so
215 gestalten, dass weder „gläserne Menschen“ noch „gläserne
216 Kund*innen“ und auch nicht das „gläserne Unternehmen“ entstehen.
217 Wir wollen Ansätze wie Privacy oder Security by Design fördern
218 und Anreize setzen, Geschäftsmodelle auf der Basis anonymisierter
219 Daten aufzubauen. Das geht nicht allein auf nationaler Ebene: Ein
220 einheitliches EU-Datenschutzrecht ist unersetzlich für eine
221 sichere, vertrauenswürdige und wettbewerbsfähige IT-Wirtschaft
222 und IT-Infrastruktur in Deutschland wie auch für die Durchsetzung
223 der informationellen Selbstbestimmung der Bürger*innen. Darum
224 muss nun schnell die neue EU-Datenschutzgrundverordnung vorgelegt
225 werden. Wir unterstützen den Aufbau regionaler Zentren für

226 Datensicherheit von Privatpersonen und Unternehmen und setzen uns
227 in Ausschreibungen der öffentlichen Hand für hohe Standards bei
228 digitalen Rechten, Offenheit von Quellcodes und starke
229 Verschlüsselungen ein.

230 **Nachhaltige Digitalisierung bedarf sozialer Innovationen**

231 Digitalisierung dreht sich nicht nur um „klassische“, den
232 technischen Fortschritt treibende Innovationen. Sie ermöglicht
233 durch ihre Vernetzungsleistung auch in besonderem Maße soziale
234 Innovationen. Mehr verfügbare Daten und deren Vernetzung eröffnen
235 neue Wege für bürgerschaftliches Engagement und gesellschaft-
236 liches Miteinander. Die Ökonomie des Teilens und die soziale
237 Vernetzung werden durch die Digitalisierung gestärkt, vielfach
238 sogar erst ermöglicht. Staat und Verwaltung müssen vorangehen und
239 nicht in der Rolle des Bremsers verharren.

240 Die Einführung von E-Government zur elektronischen Abwicklung von
241 Behördengängen, wie es der Freistaat derzeit plant, ist dabei ein
242 erster zaghafter Schritt, echtes Open Government bedeutet aber
243 mehr: Wir fordern deshalb für Bayern ein Transparenzgesetz. Daten
244 und Informationen sind in der Regel keine Staatsgeheimnisse,
245 sondern gehören allen Bürger*innen. Viele bayerische Kommunen
246 sind hier weiter als die CSU-Regierung und verfügen bereits über
247 eine Satzung zur Informationsfreiheit. Open Data und mehr
248 Transparenz stärken die Bürgergesellschaft, weil Verwaltungs-
249 handeln transparenter wird und umfassende Möglichkeiten der
250 Beteiligung entstehen können.

251 Internetplattformen und Smartphone-Apps vereinfachen die Ökonomie
252 des Teilens. Gleichzeitig benötigen wir für Plattform-Angebote
253 wie soziale Netzwerke, deren Geschäftsmodelle wesentlich von der
254 Skalierung, also von der Zahl der Nutzer*innen abhängen, kluge
255 Regulierung. Die Marktmacht, die von solchen Plattformen ausgehen
256 kann, ist erheblich. Gleichzeitig stellen sich Datenschutz-
257 Bedenken, so dass sich hier neue wirtschafts- und
258 verbraucherschutzpolitische Fragestellungen ergeben, die wir
259 beantworten müssen.

260 Aus unseren Grünen Werten heraus sind wir der Auffassung, dass
261 sich der Digitale Wandel genauso politisch gestalten lässt wie
262 andere komplexe Politikfelder. Was es dazu braucht ist Mut,
263 Weitblick und die Bereitschaft, sowohl die Chancen der
264 Digitalisierung nachhaltig zu nutzen als auch Risiken durch
265 sinnvolle Regulierung zu minimieren.